



IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern  
in Nordrhein-Westfalen

# Was braucht NRW als Industrie- und Innovationsstandort?

*Ergebnisse einer Unternehmensbefragung  
zu Wettbewerbsfähigkeit, Investitions- und Innovationstätigkeit | 2017*

# Was braucht NRW als Industrie- und Innovationsstandort?

*Ergebnisse einer Unternehmensbefragung zu Wettbewerbsfähigkeit, Investitions- und Innovationstätigkeit | 2017*

## **Inhalt**

Einleitung	3
Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen am Industriestandort	4
Wirtschaftspolitik in NRW im Unternehmensurteil: Ausbaufähig!	5
Hohes Commitment bei der Digitalisierung	9
Investitionsbedingungen am Standort	10
Innovationsvoraussetzungen für NRW-Unternehmen	12
Innovationshemmnisse und Innovationsplanungen	14
Handlungsempfehlungen	16
Zahlen, Daten, Fakten zur Auswertung	19
Impressum	20

## Einleitung

Als größtes und wirtschaftsstärkstes Bundesland und Industriestandort Nr. 1 ist Nordrhein-Westfalen ganz besonders von der Tragweite der Digitalisierung und des anhaltenden Strukturwandels betroffen. Der sich beschleunigende technologische Wandel stellt ganze Branchen auf die Probe und die Unternehmen vor kaum absehbare strategische Herausforderungen. Um die Wirtschaftsbasis NRWs wettbewerbsfähig zu halten und deren Innovationsfähigkeit auszubauen, sind die Unternehmen auf einen Standort mit zukunftsfähigen Rahmenbedingungen angewiesen.

Doch was braucht NRW als Industrie- und Innovationsstandort? Eine bundesweite Umfrage im Juni 2017 von Industrieunternehmen in Deutschland hat hierzu auf Basis der Einschätzungen von 1.587 Unternehmen, darunter 237 Betriebe aus Nordrhein-Westfalen, die Wettbewerbsfähigkeit des Industrie- und Innovationsstandortes untersucht. IHK NRW – die Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen – hat die Rückmeldungen der in NRW ansässigen Unternehmen ausgewertet, um einen Überblick über die Anforderungen an den Standort, aber auch über die Hemmnisse für Investitionen und Innovationen von Unternehmen zu erhalten.

Nach Angaben der Unternehmen besteht vor allem bei investitions- und wettbewerbsfreundlichen Standortfaktoren, wie geringeren Steuern und Abgaben, einfacheren und kürzeren Planungs- und Genehmigungsverfahren, geringeren Energiekosten, weniger Bürokratie sowie einem schnelleren Breitbandausbau Handlungsbedarf für NRW.

Die Ergebnisse der Umfrage geben die Bewertung der Unternehmen bezogen auf ihren Betrieb und ihren Standort wieder. In der Zusammenfassung bieten sie eine gute Grundlage zur Ableitung wichtiger Handlungsfelder für den Industrie- und Innovationsstandort NRW.

# Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen am Industriestandort

NRW wird nicht ohne Grund als bedeutsamster Industriestandort in Deutschland angesehen. Die Industrie bildet das Rückgrat der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Zahlreiche forschende und produzierende Betriebe der NRW-Industrie gehören zu den Weltmarktführern. Um national wie global wettbewerbsfähig zu bleiben, ist die Innovationskraft der Unternehmen gefragt, und dabei auch die Unterstützung durch die Landespolitik. In der nun vorliegenden Untersuchung wurden 237 Unternehmen aus der Industrie und den industriellen Wertschöpfungsketten (s. Anhang) zu ihrer Einschätzung des Standortes hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit und der Investitionsbedingungen befragt.

## Das Wichtigste in Kürze:

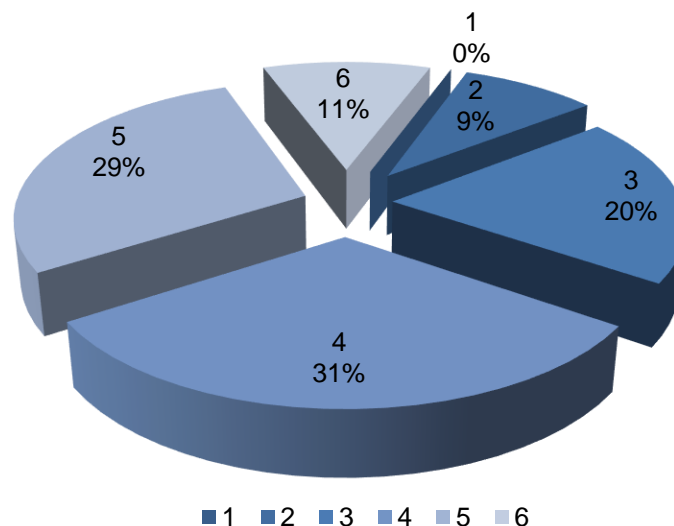
- Im Rückblick schneidet die Wirtschaftspolitik der nordrhein-westfälischen Landesregierung eher mittelmäßig ab.
- Größte Hemmnisse sind das Steuerrecht sowie die Höhe von Steuern und Abgaben.
- Weitere Wettbewerbsnachteile sind aufwändige Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Ineffizienz der Behörden.
- Die mangelnde Breitbandversorgung bewerten die Unternehmen immer stärker als Standortnachteil.
- Die Menschen und ihre Qualifikation sind in den Augen der Industrie eine der Stärken des Standortes.
- Positiv schätzen die Unternehmen die Finanzierungsmöglichkeiten am Standort ein.
- Auch die Vernetzung mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen am Standort wird positiv bewertet.

## Wirtschaftspolitik in NRW im Unternehmensurteil: Ausbaufähig!

Im Vergleich zum Bund scheinen die Industrieunternehmen in NRW mit der Wirtschaftspolitik im Land eher unzufriedener zu sein. Während die Bundesregierung in der bundesweiten Auswertung die Schulnote „befriedigend plus“ (Durchschnittsnote 2,8) erhält, bewerten die Unternehmen in NRW die nordrhein-westfälische Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre lediglich mit „ausreichend“ (Durchschnittsnote 4,1): ein Auftrag für die im Mai 2017 neu gewählte Landesregierung.

### Bewertung der Wirtschaftspolitik der NRW-Landesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie

Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“)



Als **Standortnachteile** identifizieren die Industrieunternehmen unter anderem:

- Die Komplexität des Steuerrechts
- Die Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die zu geringe Effizienz der Behörden
- Die steigenden Energiekosten
- Die Höhe der Steuern und Abgaben
- Die unzureichende Breitbandanbindung

Als schlechtester der Standortfaktoren schneidet bei den Betrieben die **Komplexität des Steuerrechts** ab. Für die Unternehmen ist es zunehmend schwieriger geworden, die steuerlichen Regelungen im Alltag zu bewältigen. Viele Sondervorschriften und zum Teil sehr kurzfristige Steuerrechtsänderungen führen zu Rechtsunsicherheit und zusätzlichen Kosten. Aus Landessicht kommt zusätzlich ein hoher Druck durch die zuletzt stark gestiegenen Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer sowie die Grunderwerbssteuer hinzu.

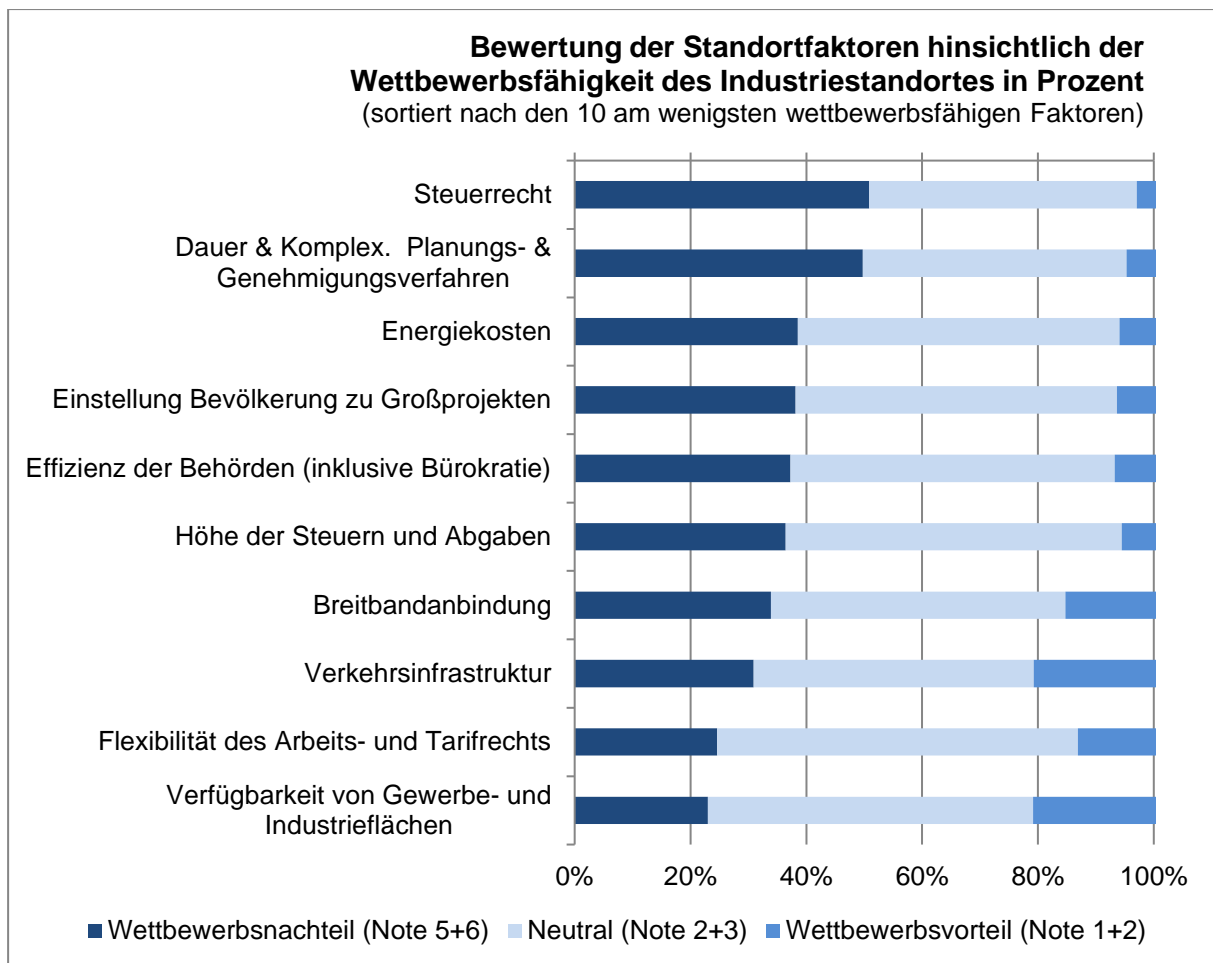
Unzufrieden sind nordrhein-westfälische Unternehmen auch mit der **Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren** (lediglich fünf Prozent sind zufrieden) und der **Effizienz der Behörden** (sieben Prozent schätzen dies positiv ein). Den Unternehmen machen der Anstieg der Regulierungskosten, lange Bearbeitungszeiträume, Formalitäten z. B. bei Ausfuhrdokumenten und Zollanmeldungen sowie lange Plan- und Genehmigungsverfahren zu schaffen.

Hohe **Energiekosten** stellen aus Sicht der Wirtschaft nicht nur ein Konjunkturrisiko für die kommenden Monate, sondern auch ein strukturelles, langfristiges Standortrisiko dar. Dieser Meinung sind fast 40 Prozent der Unternehmen in NRW, die die Energiekosten als klaren Wettbewerbsnachteil sehen.

Die **Höhe der Steuern und Abgaben** sehen die befragten Unternehmen nicht nur als Standortnachteil, sondern auch als eine tatsächliche Einschränkung ihrer Investitionsmöglichkeiten. Aktuell belasten die Unternehmen insbesondere die Erhöhungen der Gewerbesteuer, der Grundsteuer und der Grunderwerbsteuer. So liegt Nordrhein-Westfalen bei den Hebesätzen der Gewerbesteuer auf Platz zwei hinter Hamburg. Gestiegen sind im Land auch die Hebesätze der Grundsteuer B, was die Unternehmen weiter einschränkt<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Quelle: DIHK 2017, online unter: [www.dihk.de/presse/meldungen/2017-08-21-hebesaetze](http://www.dihk.de/presse/meldungen/2017-08-21-hebesaetze)



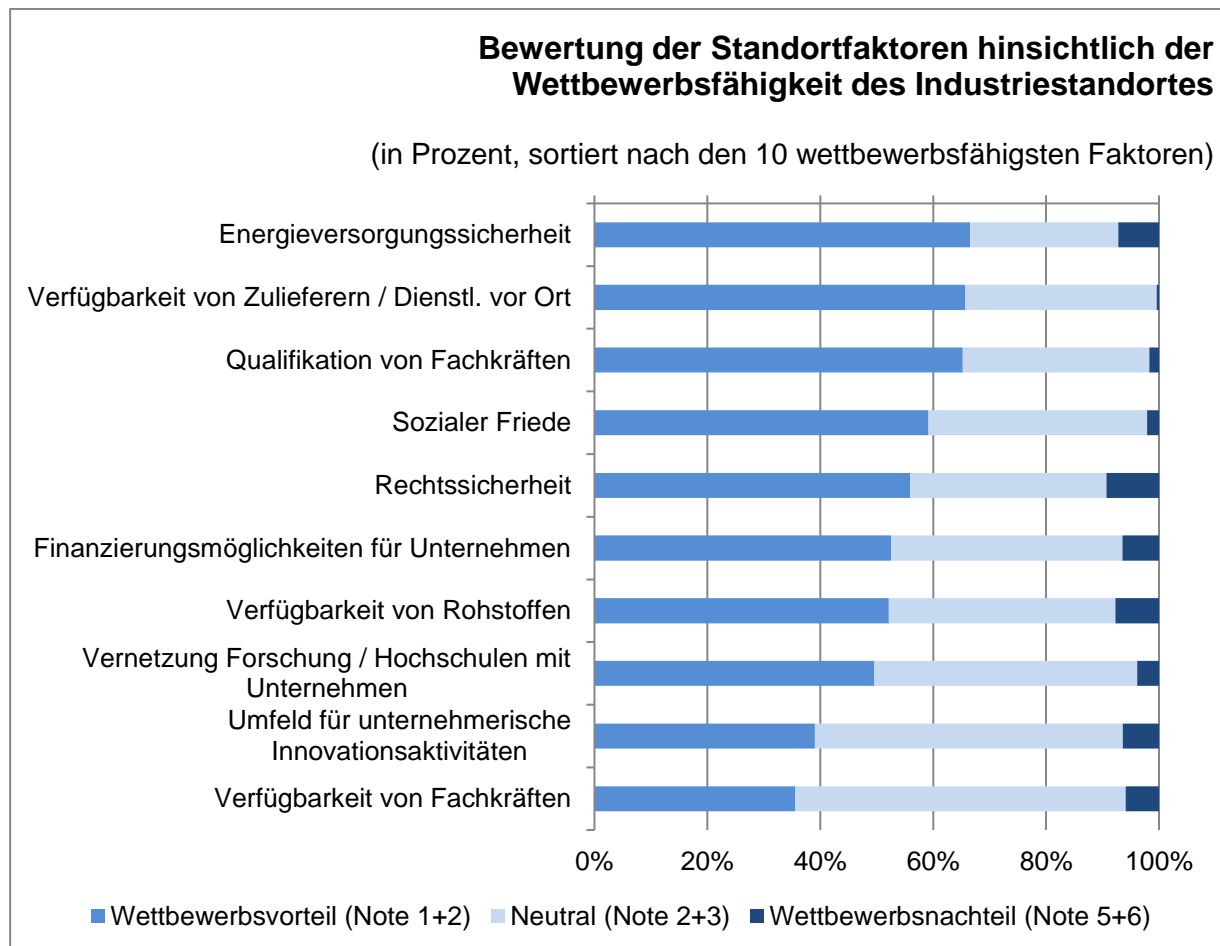
Beim Standortfaktor „**Breitbandanbindung**“ besteht Handlungsbedarf. So hat die Unzufriedenheit der Industrieunternehmen mit der Breitbandanbindung im Vergleich zum Jahr 2014 weiter zugenommen. 34 Prozent der Betriebe sind unzufrieden mit der aktuellen Breitbandsituation. Bei der Umfrage aus 2014 waren es lediglich 21 Prozent. Offenkundig halten die politischen Bemühungen und Zielsetzungen für den Ausbau der Infrastruktur nicht Schritt mit der digitalen Entwicklung in den Unternehmen. Mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie ist dies ein ernstes Warnsignal.

Als **Standortvorteile** identifizieren die Industrieunternehmen unter anderem:

- Die Qualifikation von Fachkräften
- Die Finanzierungsmöglichkeiten von Unternehmen

- Die Vernetzung von Forschungseinrichtungen und Hochschulen mit Unternehmen

Die **Menschen und deren Qualifikation** sind in den Augen der Industrie eine der größten Stärken des Standortes: 65 Prozent der Unternehmen bewerten die Qualifikation der Fachkräfte als Standortvorteil. Die schulische und universitäre Bildung sowie das duale System der Berufsausbildung leisten einen wichtigen Beitrag für eine breite und fundierte Qualifizierung. Die gute Ausbildung der Fachkräfte darf jedoch nicht über den Mangel an Fachpersonal hinwegtäuschen.



Positiv schätzen rund 53 Prozent der Industrieunternehmen ihre **Finanzierungsmöglichkeiten** am Standort ein. Die beständig positive Konjunktorentwicklung und die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank der letzten Jahre überlagern



die Auswirkungen der verschärften Finanzmarktregulierung, die gerade die für die Industrie so wichtige Langfristfinanzierung künftig aber erschweren könnte.

Die **Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft** stellt einen ebenso wichtigen wie positiven Aspekt dar, stärkt das Forschungsland NRW und ist Voraussetzung für die Entstehung von Innovationen. Immerhin gibt die Hälfte der Unternehmen an, darin einen Standortvorteil zu sehen, rund 47 Prozent stehen diesem Faktor neutral gegenüber.

## Hohes Commitment bei der Digitalisierung

Die Digitalisierung ist in vollem Gange, die Komplexität der Themen, der Prozesse und die Vernetzung in und zwischen Unternehmen nehmen zu. Die überwiegende Mehrzahl der Betriebe setzt sich intensiv mit diesen Entwicklungen auseinander.

In einer Wirtschaft 4.0 wird die Sicherheit der unternehmenseigenen IT-Infrastruktur zum beherrschenden Faktor. Die meisten Betriebe sind sich dessen bewusst – so bewerten 97 Prozent der nordrhein-westfälischen Unternehmen die **Datensicherheit** als wichtig oder sehr wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Unternehmens. Mit der Durchdringung aller Branchen durch digitale Systeme müssen auch die Mitarbeiter fit gemacht werden für die Entwicklung, den Umgang und die Wartung der Technologien und Anwendungen. 92 Prozent der Unternehmen sehen die Notwendigkeit von mehr **Weiterbildung**. 91 Prozent messen der **Modernisierung der Ausbildung** eine hohe Dringlichkeit zu.

## Investitionsbedingungen am Standort

Die Investitionen von heute sind das Fundament für Wachstum und Arbeitsplätze von morgen. Daher ist es umso wichtiger, dass die Bedingungen für Investitionen stimmen und Investitionshemmnisse für Unternehmen beseitigt werden. Die nordrhein-westfälischen Industrieunternehmen wurden zu ihrer Einschätzung der Investitionshemmnisse befragt.

Als größtes Investitionshemmnis bewerten sie die Höhe der Steuern und Abgaben. So würden 71 Prozent der Unternehmen bei **geringeren Steuern und Abgaben** mehr Investitionen tätigen. Mit **effizienteren Behörden** würden gut 67 Prozent der Betriebe zusätzliche Investitionen angehen.

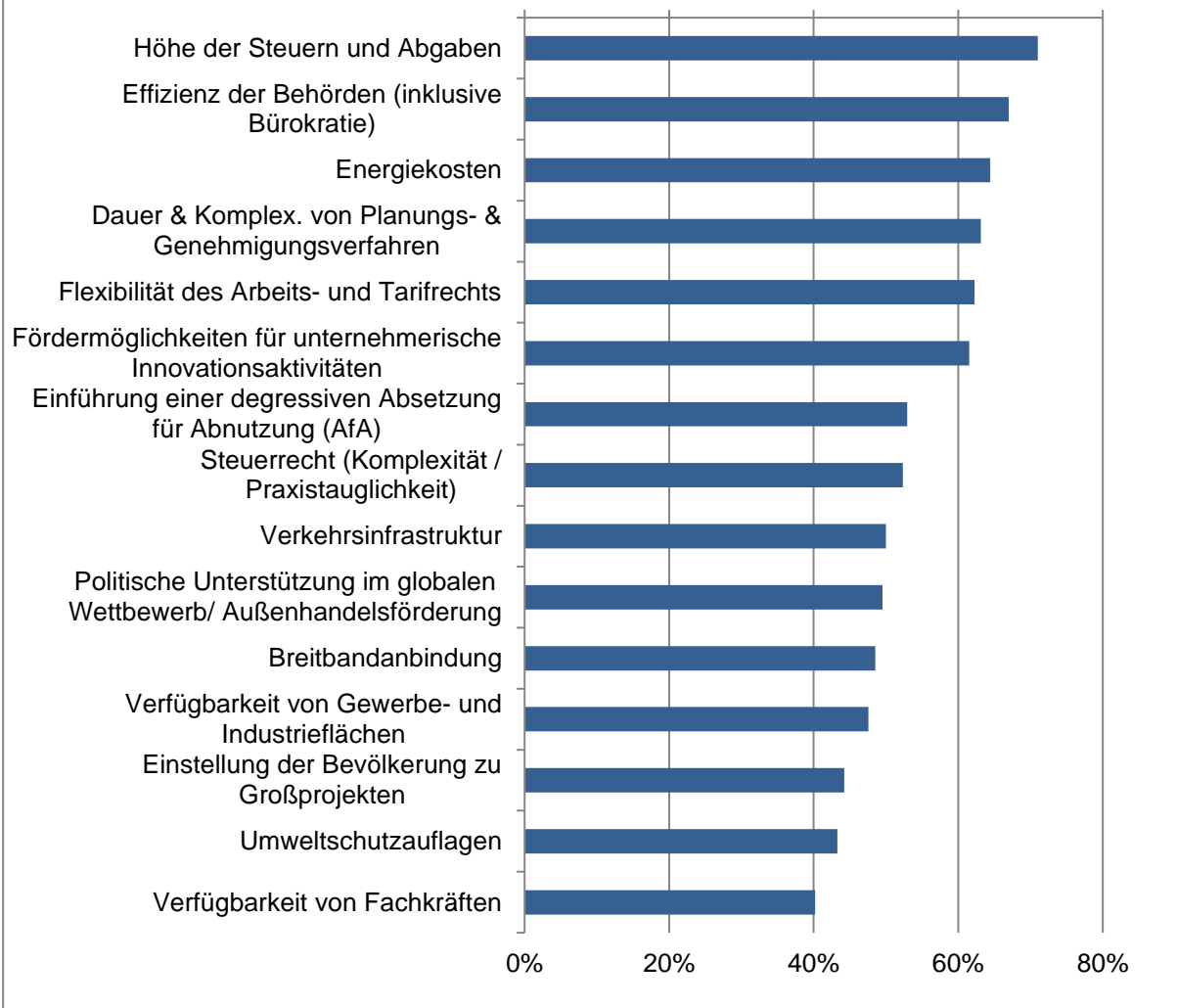
Gestiegene Abgaben, Umlagen und Netzentgelte lassen den Strompreis steigen, was auf die Investitionsstimmung der Unternehmen in NRW, insbesondere die der energieintensiven Industrie schlägt. **Geringere Energiekosten** würden laut 65 Prozent der Unternehmen die Investitionsvorhaben positiv beeinflussen.

Bei **kürzeren und einfacheren Planungs- und Genehmigungsverfahren** würden zwei Drittel der Unternehmen höhere Investitionsbudgets einsetzen. Ein flexibles Arbeitsrecht wäre aus Sicht der Unternehmen ein zentraler Treiber für Investitionen am Standort. 62 Prozent der Industriebetriebe würden ihren Kapitaleinsatz erhöhen, wenn ein **stärkeres Maß an Flexibilität im Arbeits- und Tarifrecht** Einzug findet.

Bessere **Fördermöglichkeiten für unternehmerische Innovationsaktivitäten** würden mehr Spielraum für höhere Investitionen bieten. Dieser Meinung sind rund 62 Prozent der Unternehmen.

**Von den Unternehmen, die Standorthemmnisse sehen, würden folgende Verbesserungen zu mehr Investitionen im Inland führen**

(in Prozent, sortiert nach den 15 verbesserungswürdigsten Faktoren, die zu mehr Investitionen führen würden)



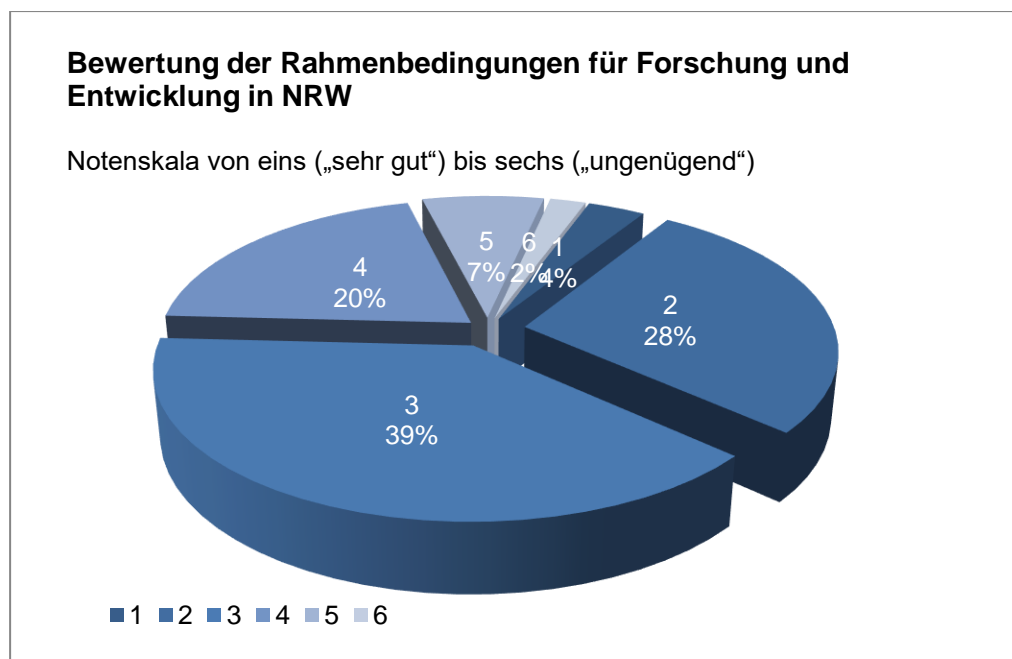
# Innovationsvoraussetzungen für NRW-Unternehmen

Innovationen sind Wachstumstreiber für die nordrhein-westfälische Wirtschaft. Im Rahmen der Untersuchung wurden die Unternehmen in NRW daher auch zu ihren Innovationsvorhaben befragt und konnten Innovationshemmnisse benennen.

## Das Wichtigste in Kürze:

- Die Unternehmen sehen hohe bürokratische Anforderungen im Innovationsprozess.
- Der Facharbeitermangel betrifft viele Unternehmen.
- Der Schutz von Innovationen ist aufwändig.
- Die Versorgung mit Breitband stellt ein großes Innovationshemmnis dar.

Auf die Frage, wie die Unternehmen die **Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung in NRW** bewerten, vergaben 28 Prozent die Note gut. Über die Hälfte der Betriebe bewertete die Rahmenbedingungen mit den Schulnoten befriedigend bzw. ausreichend. Auf Bundesebene zeigt sich ein deutlich positiveres Bild. Hier bewerteten 50 Prozent der nordrhein-westfälischen Unternehmen die Rahmenbedingungen als gut und 44 Prozent vertraten als befriedigend/ausreichend - ein erster Hinweis für Handlungsbedarf am Innovationsstandort NRW.



Der jüngst veröffentlichte „[Innovationsatlas 2017](#)“<sup>2</sup> des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) untermauert diese Einschätzung: Untersucht wurde, wo in Deutschland die Rahmenbedingungen für Innovationen besonders gut sind und wo Nachholbedarf bei Forschung und Entwicklung (FuE), Akademikern in MINT-Berufen, technologieorientierten Neugründungen, Breitbandversorgung und Patentanmeldungen bestehen. Im Ergebnis können sich in NRW nur wenige Wirtschaftsräume zu den dominierenden Innovationsregionen zählen. Solche Ideenschmieden sind jedoch wichtig für das Investitionsklima und das Wirtschaftswachstum.

<sup>2</sup> IW Köln 2017, online unter: [www.iwkoeln.de/studien/iw-analysen/beitrag/sarah-berger-hannokempermann-oliver-koppel-anja-katrin-orth-enno-roeben-innovationsatlas-2017-351303](http://www.iwkoeln.de/studien/iw-analysen/beitrag/sarah-berger-hannokempermann-oliver-koppel-anja-katrin-orth-enno-roeben-innovationsatlas-2017-351303)

## Innovationshemmnisse

Um die Ursachen für eine mangelnde Innovationsfähigkeit zu identifizieren, wurden die Unternehmen nach Innovationshemmnissen gefragt. Ein wichtiges erstes Ergebnis: In NRW **lähmt Bürokratie Innovationen**. Über zwei Drittel der Unternehmen bemängeln die hohen bürokratischen Anforderungen (z.B. Zulassungs- und Genehmigungsverfahren) im Innovationsprozess.

61 Prozent der Unternehmen fehlt es an **Facharbeitern bzw. Facharbeitern mit Weiterbildungsabschluss** (z.B. Fachwirt, Meister). Dieser Mangel stellt für viele Betriebe, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, ein großes Innovationshemmnis dar. Vorhandene Facharbeiter sind zwar generell gut ausgebildet, unterm Strich jedoch gibt es zu wenige von ihnen auf dem Markt.

Über die Hälfte der Unternehmen sieht im hohen **Aufwand bei der Durchsetzung der eigenen Schutzrechte** (z. B. Kosten der Rechtsverfolgung) ein großes Hindernis für Innovationen.

Die mangelhafte **Breitbandversorgung** sehen über 50 Prozent der Unternehmen als Hemmnis für ihre Innovationsfähigkeit an. Viele Geschäftsmodelle und Dienstleistungen leben vom schnellen Datenverkehr.



## Handlungsempfehlungen

Auf Grundlage der unternehmerischen Einschätzungen lassen sich erste Handlungsfelder und -empfehlungen für die Stärkung des Industrie- und Innovationsstandortes NRW ableiten.

**Steuern und Abgaben verringern:** Die hohen Hebesätze bei der Gewerbe- und der Grundsteuer in NRW schwächen die Position im interregionalen, aber auch internationalen Standortwettbewerb. Die hohen Belastungen stehen aus Sicht der Betriebe zunehmend nicht mehr im Verhältnis zu kommunalen (Infrastruktur-) Leistungen. Damit vor allem finanzschwache Kommunen nicht in einen Teufelskreis aus Hebesatzerhöhungen und stetigem Verlust an Standortattraktivität geraten, sind Bund und die Landesregierung NRWs in der Verantwortung, die Hebesatzspiralen zu beenden.

**Bürokratie abbauen, Behördeneffizienz verbessern:** Hohe bürokratische Anforderungen im Innovationsprozess schränken die Innovationsaktivitäten der Unternehmen ein. Daher unterstützt IHK NRW das Vorhaben der neuen Landesregierung, den Abbau überbordender Bürokratie im Investitions- wie im Innovationsprozess wirksam anzugehen. Neben den Verfahren, etwa zur Beantragung von Fördermitteln, gehören auch die Anreize für die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft erneut auf den Prüfstand. Über eine verstärkte Nutzung von elektronischen Kommunikationswegen (EGovernment) können Kosten bei Unternehmen und Verwaltung gesenkt werden. Bei der Reorganisation bürokratischer Abläufe sollte der Fokus auf der Vereinfachung bestehender Verfahren für die Nutzer liegen.

**Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfachen:** Gleichfalls bedarf es einer neuen, grundsätzlichen Initiative, um Hemmnisse für Investitionen im Planungs- und Genehmigungsrecht zu erkennen und auszuräumen. Auch ohne bestehende Schutzstandards zu senken, gilt es, Wege zu entwickeln, die Bau und Schutz gleichermaßen ermöglichen, aber jahrelange Planungsunsicherheit vermeiden. Besonders im



Fokus in NRW steht dabei die Maßgabe, bei der Umsetzung europäischer Richtlinien und nationaler Gesetze keine über die geforderten Standards hinausgehenden Verschärfungen, sogenanntes „golden plating“, sondern eine strikte 1:1 Umsetzung vorzunehmen. Statt zusätzlicher Bürokratie und Wettbewerbsnachteile für die ansässigen Unternehmen sollte vor der Einführung neuer Regelungen ein Abgleich mit erfolgreichen Lösungen in anderen Ländern erfolgen.

**Energiekosten minimieren:** Mit dem Strukturwandel in der energieerzeugenden Industrie geraten die industriellen Wertschöpfungsketten NRWs unter Druck. Daher gilt es nun, die Preisentwicklung zu begrenzen und Versorgungssicherheit zu gewährleisten, um den Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit am Standort zu schaffen. Denn grundsätzlich kann die Energiewende durchaus Chancen für NRW beinhalten – wenn sie industriepolitisch gedacht und die Interessen NRWs im Bund und in Europa stärker berücksichtigt werden.

**Breitbandausbau beschleunigen:** Damit die NRW-Unternehmen ihre Geschäftsmodelle zu wettbewerbsfähigen Lösungen in einer digitalen Welt weiterentwickeln können, gilt es, insbesondere die Industrie- und Gewerbegebiete in NRW zeitnah und flächendeckend an zukunftsfähige Breitbandnetze anzuschließen. Fortschritte sind für die Betriebe noch nicht überall spürbar. Die bisher ergriffenen Maßnahmen wirken noch nicht, auch weil derzeit noch sehr unterschiedliche Ansätze von Bund, Ländern und Kommunen verfolgt werden, die Investoren verunsichern und zu Ineffizienzen bei der Regulierung und in der Förderpolitik führen.

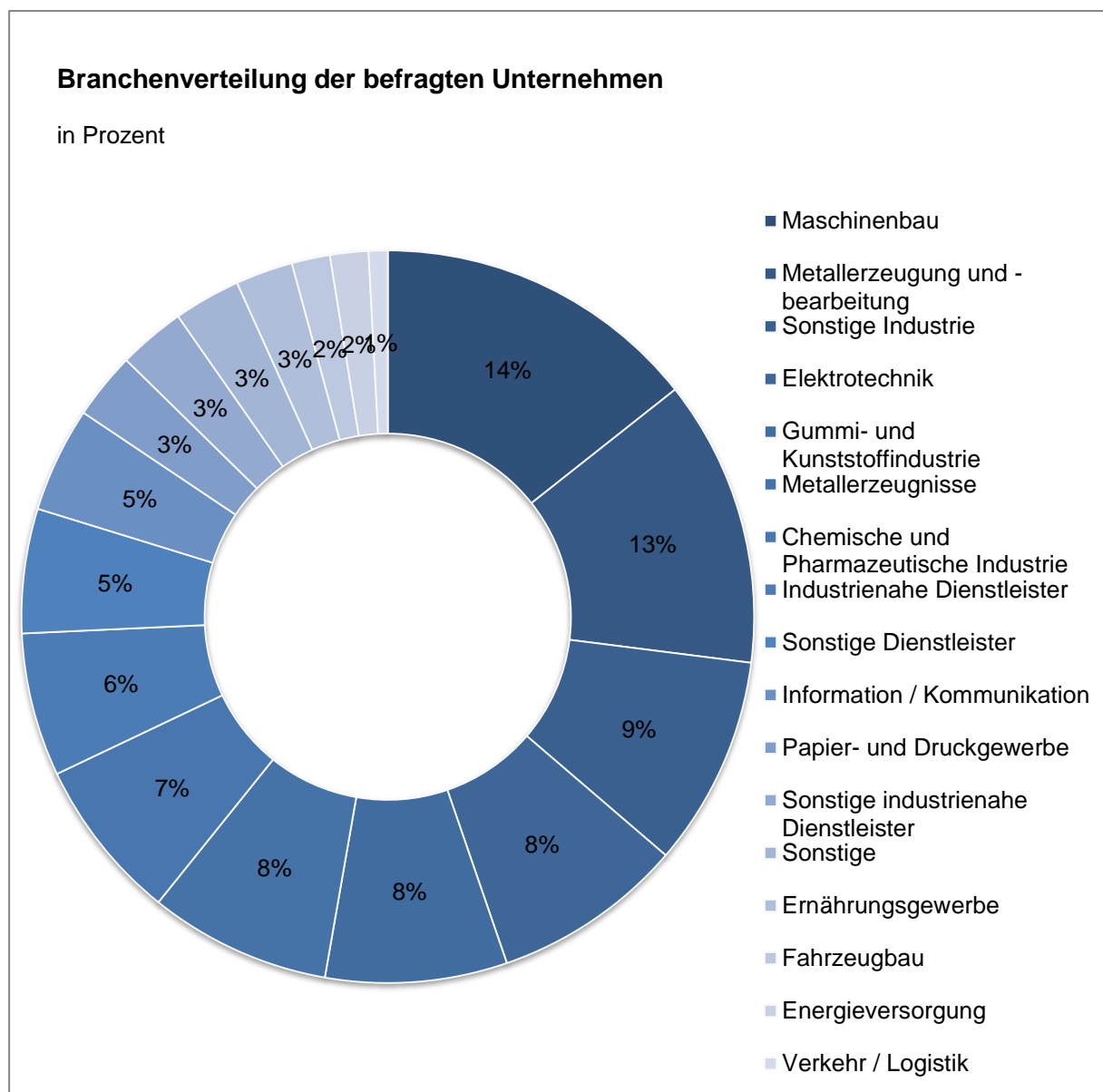
**Kooperationen mit der Wissenschaft fördern:** Für kleinere Unternehmen ist es nach wie vor schwierig, mit wissenschaftlichen Einrichtungen zu kooperieren. Oftmals bringen sie nicht die finanziellen, personellen und inhaltlichen Ressourcen mit, die Kooperationspartner auf Seiten der Wissenschaft benötigen. Eine stärkere Sensibilisierung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) für die Vorteile von Kooperationen, aber auch für die möglichen Herausforderungen kann helfen, mehr mittelständische Unternehmen für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Zugleich sollten

sich Hochschulen und Forschungseinrichtungen noch weiter als bisher für eine Zusammenarbeit, insbesondere mit kleinen und mittleren Unternehmen öffnen.

**IT-Sicherheit als Kernaufgabe:** Unternehmen aber auch Bund und Land benötigen eine gemeinsame, international ausgerichtete Strategie zur Bewältigung der Herausforderungen der Daten- und Informationssicherheit. Regionale Kompetenzzentren können hier eine Lotsenfunktion übernehmen.

## Zahlen, Daten, Fakten zur Auswertung

Die Auswertung basiert auf einer Befragung von Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleistern in Deutschland. Insgesamt sind in die Auswertung Einschätzungen von 1.587 Unternehmen, darunter 237 Betriebe aus Nordrhein-Westfalen, zur Wettbewerbsfähigkeit des Industrie- und Innovationsstandortes Deutschland eingegangen.



<b>Mitarbeiteranzahl</b>	<b>Anteil Unternehmen</b>
1-49	33,05%
50-99	18,64%
100-249	20,76%
250-499	10,59%
über 500	16,95%

**IHK NRW** ist die Landesarbeitsgemeinschaft der 16 Industrie- und Handelskammern in Nordrhein- Westfalen. Wir geben der gewerblichen Wirtschaft eine starke Stimme im Dialog mit den landespolitischen Entscheidern. In den IHKs in NRW sind fast zwei Drittel der Unternehmen Nordrhein-Westfalens mit rund sechs Millionen Beschäftigten organisiert.

### **Impressum**

#### **Herausgeber**

IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e.V.  
Berliner Allee 12, 40212 Düsseldorf  
[www.ihk-nrw.de](http://www.ihk-nrw.de)

#### **Redaktion**

Klaus Appelt, IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid  
Julia Wittig, IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid  
Dr. Matthias Mainz, IHK NRW e.V.

Düsseldorf, Oktober 2017